Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,90 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 221 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 20. Se[illegible] 1932

„Haubitzen" aus Ofenröhren.

Zustimmung, ja Freude in Paris — das ist vielleicht das beste Kriterium für die englische Note, mit der die deutsche Mitteilung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, beantwortet wurde, wir würden vorläufig nicht mehr an dieser Konferenz teilnehmen. In London hat man damit aber auch die Darlegungen des deutschen Außenministers an die französische Regierung beantwortet, da man es ja in Paris für zweckmäßig hielt, die deutschen Forderungen auch den anderen am Lausanner „Vertrauens"pakt beteiligten Staaten zu übermitteln. Vor acht Tagen erfolgte zuerst die französische, alles rundweg ablehnende Antwort, jetzt kam — nicht weniger ablehnend — die zweite aus England.

Wenn man im Hinblick auf sehr ausführliche Äußerungen der englischen Presse deutscherseits annehmen zu können glaubte, die Zwischenzeit würde von der englischen Regierung zur Ausarbeitung, zum mindesten zur Vorbereitung eines mittleren oder Vermittlungsweges für Berlin und Paris benutzt werden, so ist diese Erwartung geradezu gröblich getäuscht worden. Während sich nach halbamtlicher englischer Mitteilung Italien beim Außenminister Sir John Simon noch darum bemüht habe, England zu einer solchen vermittelnden Rolle zu veranlassen, vermochte der französische Außenminister Herriot triumphierend dem Kammerausschuß mitzuteilen, er hätte über deutsche Geheimrüstungen nach London berichtet, und seine Mitteilungen hätten dort „ihren Eindruck nicht verfehlt". Gleichzeitig unterstrich Herriot die französische Ablehnung der Forderung Deutschlands nach Gleichberechtigung noch durch ein auffallend scharfes „Nein! Niemals! Unmöglich!" — offenbar, weil er wußte oder ahnte, auf welchen Standpunkt sich die englische Regierung gestellt hatte.

Die Entrüstung, mit der jeder Deutsche durch den unerträglich-schulmeisterlichen Ton der englischen Antwort erfüllt werden muß, ist überaus berechtigt; solche Ausdrücke wie „unklug" und „unzweckmäßig" und dergleichen in einer diplomatischen Note zu gebrauchen, uns eine beabsichtigte Mißachtung der bestehenden Verträge oder den Willen zur Aufrüstung vorzuwerfen, ist eine Unhöflichkeit, die man sich uns gegenüber nicht einmal in der voraufgehenden französischen Note geleistet hat. Und daran ändert nur wenig, daß die englische Regierung ein paar Worte des „Verständnisses" für die „bitteren Gefühle" findet, und — das ist vielleicht der richtigste Satz in der ganzen Note — zugeben muß, die Frage des Rüstungsstandes „berühren den nationalen Stolz und die nationale Würde". Hier allerdings liegt der Kernpunkt des deutschen Strebens nach Gleichberechtigung und Sicherheit. Aber dies bißchen „weiße Salbe" der Verständigungsbereitschaft und des Verständnisses genügt nicht im entferntesten, um uns die scharfe Ablehnung des deutschen Rechtsstandpunktes in der ganzen Frage weniger brennend empfinden zu lassen und uns etwa glauben zu machen, es käme bei den „freundschaftlichen Verhandlungen", die die Note zum Schluß vorschlägt, irgend etwas Positives für Deutschlands Stolz und Würde heraus, geschweige denn eine „gemeinsame Billigung" dessen, was zu erstreben unser Stolz und unsere nationale Würde uns gezwungen haben. Sogar die Wirtschaftler der Baseler Sachverständigenkonferenz hatten ein besseres Empfinden als die englisch-französischen Politiker; sie haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die nicht vorhandene Gleichberechtigung Deutschlands bei uns eine steigende Erregung erzeugt habe und dies zum großen Teil daran schuld sei, wenn nun die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht sind und immer schlechter werden. Das ist auch gleich schon die Antwort auf den Vorwurf Englands, wir seien es, die durch unsere Politik des Strebens nach Gleichberechtigung „die Arbeit der wirtschaftlichen Gesundung durchbrächen". Im übrigen liegt in dieser Andeutung der Note ganz unzweifelhaft eine Art Drohung mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen den deutschen „Störenfried"!

Denn ein „Störenfried" sollen wir ja auch gegenüber der „glatten und harmonischen Arbeit" der Abrüstungskonferenz sein. Hinsichtlich dieser „Glätte und Harmonie" dürfe man wohl Onkel Bräsigs erstauntes Wort zitieren: „Daß du die Nase ins Gesicht behältst!" Man hat sich ja in Genf auf länger als ein halbes Jahr vertagt, einfach deswegen, weil man festsaß, weil man sich an die Hauptfragen nicht herantraute. Diese geradezu massierten Vorwürfe gegen Deutschland dürften wohl das ungeeignetste Mittel sein, uns wieder in den Konferenzsaal hineinzulotsen!

„Die korrekte Auslegung des Versailler Vertrages ist, daß Teil 5 noch immer bindend und nur in allgemeiner Übereinkunft aufgehoben werden kann," — das ist der Hauptpunkt der englischen Note. Von Artikel 8 des Völkerbundstatuts, der jedem Staat das Recht der Wahrung seiner nationalen Sicherheit zuspricht, hört man in der Note aber kein Wort. Teil 5 bindet nur Deutschland, aber die darin enthaltene Abrüstungszusage sei nur ein „Ziel", nicht aber ein auch die Gegenseite bindendes Versprechen. Und wenn in überaus verklausulierter Form die grundsätzliche deutsche Forderung auf Gleichberechtigung anerkannt wird, so doch eben nur — und das ist das moralisch Entscheidende — unter Festhalten an den Entwaffnungsbestimmungen von Versailles.

Damit ist die deutsche Aktion, die ihr erstes, damals stillschweigend unter den Tisch fallendes Kapitel in Lausanne erlebte, auf offenen Widerstand und Widerspruch gestoßen. Sie ist damit aber nicht zu Ende. Die Schwierigkeiten für sie sind aber noch gewachsen, da wir einer Front von Gegnern gegenüberstehen, die unbedingt Versailles auch militärpolitisch „wie ein rocher de bronze stabilisieren" will. Was der hierin über uns verhängte, können die fremdländischen Offiziere mit eigenen Augen als Zuschauer bei den Manövern der Reichswehr sehen: „Haubitzen" aus Ofenröhren und Holzattrappen als „Tanks".

Es ist mehr als nur „bittere Gefühle" die diese „Berührung des nationalen Stolzes und der nationalen Würde" in uns erregen!

Henderson bedauert die deutsche Absage

Deutschland soll zur Abrüstungskonferenz kommen.

Hendersons Antwort an Deutschland.

Das Schreiben, das der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, an den Reichsaußenminister in Beantwortung der deutschen Note vom 14. September (mit der Ankündigung des Fernbleibens Deutschlands von der Bürositzung der Abrüstungskonferenz) gerichtet hat, wird nunmehr vom Völkerbundsekretariat veröffentlicht. In dem Schreiben drückt Henderson sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Reichsregierung beschlossen habe, an der Bürositzung nicht teilzunehmen. Die deutsche Regierung scheine der Auffassung zu sein, daß nach der Annahme der großen Vertagungsentschließung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli nunmehr feststehe, daß das kommende Abrüstungsabkommen weit unter dem Abrüstungsregime des Versailler Vertrages bleiben werde. Als Präsident sei es nicht seine Aufgabe, eine Aussprache über „das Abrüstungsregime des Versailler Vertrages" zu eröffnen. Da jedoch die Form und der Inhalt der Abrüstungsmaßnahmen des kommenden Abrüstungsabkommens jetzt noch nicht bestimmt seien, müsse er seinen Zweifel an der von der deutschen Regierung zum Ausdruck gebrachten Auslegung der Vertagungsentschließung vom 23. Juli geltend machen.

Henderson sucht sodann den Nachweis zu erbringen, daß gewisse Bestimmungen dieser Entschließung durchaus als eine wirksame Abrüstungsmaßnahme aufzufassen seien. Henderson weist darauf hin, daß die Vertagungsentschließung in keiner Weise weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen vorgreife. Die deutsche Regierung müsse zugeben, daß schon jetzt weder die Form noch der Inhalt noch die Tragweite des Abrüstungsabkommens als feststehend anzusehen seien und daß diese Fragen erst auf der weiteren Tagung der Abrüstungskonferenz entschieden werden könnten. Henderson ersucht sodann die deutsche Regierung, seine Rede nachzulesen, die er am 23. Juli bei der Beratung der Vertagungsentschließung gehalten habe, und in der er betont habe, daß er nicht wieder nach Genf kommen werde, wenn nicht in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz praktische Ergebnisse erzielt würden. In seiner Rede habe er ferner ausdrücklich betont, daß sämtliche Mächte nach Genf mit dem festen Entschluß zurückkehren würden, zu einer wesentlichen Herabsetzung der Weltrüstung, zu einem allgemeinen Abkommen zu gelangen.

Henderson schließt mit der Aufforderung an die deutsche Regierung, aufs neue so schnell wie möglich an den Arbeiten des Büros der Konferenz teilzunehmen, um so mehr, als eine längere Abwesenheit Deutschlands von den Verhandlungen in ernstester Weise den gesamten Abrüstungsgedanken gefährden könnte. Henderson teilt dann mit, daß er die deutsche Note vom 14. September gleichzeitig mit seinem Schreiben sämtlichen Mitgliedern des Büros zur Kenntnis bringe.

Die Aufnahme des Henderson-Schreibens in Berlin.

In der Regierung nahestehenden Kreisen ist das Schreiben des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, insofern nicht ungünstig aufgenommen worden, als der Brief den persönlichen Stempel Hendersons trägt und durchaus freundlich gehalten ist. Allerdings wird der amtliche Optimismus des Präsidenten der Abrüstungskonferenz nicht geteilt, da leider nicht anzunehmen ist, daß andere Staaten auf den Stand der für Deutschland geltenden Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages abrüsten werden. Bemerkenswert ist der Hinweis Hendersons, daß er nicht wieder nach Genf kommen werde, wenn nicht in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz praktische Ergebnisse erzielt würden. Auf diese praktischen Ergebnisse, die ein Aufhören der Diskriminierung Deutschlands zur Grundvoraussetzung haben, kommt es auch der Reichsregierung an, die die Weiterentwicklung der Verhandlungen in Genf aufmerksam beobachtet.

*

Keine Antwort auf die englische Note.

Die schroffe Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Forderung nach gleichmäßiger Abrüstung für alle, entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages, wird von der deutschen Regierung nicht beantwortet werden, da diese Note an dem bisherigen deutschen Standpunkt in dieser Frage nichts ändert. Die Reichsregierung wird also, wie angekündigt, zu den demnächst beginnenden neuen Beratungen der Abrüstungskonferenz keine Vertreter mehr schicken, denn es hat ja für Deutschland gar keinen Zweck, an Beratungen über Rüstungsbestimmungen teilzunehmen, die nur für die anderen, nicht aber für Deutschland gelten sollen. Die Reichsregierung erklärt, daß sie die weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz in Genf mit Interesse verfolge und ihre weiteren Entschlüsse vom Ergebnis der Genfer Beratungen abhängig mache.

Auch für eingeweihte politische Kreise war die englische Note eine Überraschung, denn nach der bisherigen Haltung Englands konnte man annehmen, daß London in dieser Frage mehr die Rolle eines Vermittlers zwischen Frankreich und Deutschland einnehmen würde. Ohne Zweifel ist eine auffallende Schwenkung in der englischen Politik eingetreten. Welche Gründe dabei eine Rolle gespielt haben, läßt sich natürlich noch nicht erkennen. Verschiedentlich wird behauptet, die Engländer hätten sich durch das sogenannte

Pariser Geheimmaterial über angebliche deutsche Geheimrüstungen

beeinflussen lassen. Mit diesem Geheimmaterial hat schon der frühere französische Ministerpräsident Tardieu operiert, hat aber nie den Mut gefunden, dieses Material der Öffentlichkeit vorzulegen, wahrscheinlich weil er selbst wenig Vertrauen in die Glaubwürdigkeit des Materials hatte. Aus Paris kommt jetzt auch die Drohung, man werde eine neue militärische Untersuchungskommission nach Deutschland schicken. Die deutsche Regierung sieht einer solchen Kommission, die bekanntlich den schönen Namen Investigationskommission trägt, mit Gelassenheit entgegen; aber wenn man in Paris solche Beschlüsse fassen sollte, so wäre das gleichbedeutend mit einer ungeheuren Verschärfung der gesamten weltpolitischen Lage. Auffallend ist, daß die maßgebenden Blätter in England, die sonst in allen außenpolitischen Fragen die Auffassung ihrer Regierung unterstützen, diesmal Meinungen äußern, die auch dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen. Ob die englische Regierung damit ihren offiziellen Standpunkt, den sie um Frankreich willen eingenommen hat, in der Öffentlichkeit mildern will, ist möglich, bleibt aber natürlich nur eine Vermutung.

Die Widersprüche in der englischen Note.

England zeigt in dem Schreiben an Deutschland, daß es aus den Beratungen der Abrüstungskonferenz unter allen Umständen etwas Greifbares herausholen will, teils aus geldlichen Gründen, um einen Abbau der militärischen Ausgaben zu erzielen, teils aus Rücksichten auf die Amerikaner, die bekanntlich sagen, solange Europa nicht abrüste, sei an einen Schuldennachlaß nicht zu denken. Deshalb versucht England mit allen Mitteln, die Abrüstungskonferenz zu einem greifbaren Ergebnis zu bringen. Man weiß aber auch in England, daß aus den Beratungen nicht viel herauskommt, wenn Deutschland wegbleibt. Im ersten Teil ihres Schreibens an die deutsche Regierung haben die Engländer sich ganz auf die französischen Wünsche eingestellt und erklären, an eine Änderung des Versailler Vertrages sei gar nicht zu denken, Deutschland müsse sich unter allen Umständen an diese Bestimmungen halten. Wie man das in Paris ja auch sagt. Im zweiten Teil des Schreibens werden aber gewisse

Verhandlungsmöglichkeiten offengelassen,

die dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen sollen. Wie schwer es den Engländern gefallen ist, ihr Eintreten für die französischen Wünsche zu rechtfertigen, zeigen

die offenen Widersprüche

in diesem Schreiben. So wird im ersten Teil der Reichsregierung vorgeworfen, sie habe unklug gehandelt und nicht weise, daß sie gerade jetzt, wo die anderen dem bedrängten Deutschland entgegenkommen wollen, ungemütlich werde und die Forderung nach Gleichberechtigung aufstelle. Dadurch würden, sagen die Engländer, doch alle Be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF